

## Kirchengemeinden: mehr missionarischer Elan

Die Kommission VIII des Zentralkomitees der deutschen Katholiken („Pastorale Grundsatzfragen“) hat ein in mehrfacher Hinsicht bedenkenswertes Arbeitspapier über „Mehr Weltverantwortung in der christlichen Gemeinde“ vorgelegt. Anders als der Titel auf Antrieb vermuten ließe, geht es dabei nicht in erster Linie um die Ermunterung der Gemeinden, ihre Verantwortung für die weltlichen Sachbereiche in ihrem gesellschaftlichen Umfeld verstärkt wahrzunehmen, also um den gesellschaftlichen Auftrag der Gemeinden in Abhebung von ihrer geistlichen Sendung im eigentlichen Sinne, sondern um den Versuch, Gemeinden zur Wahrnehmung ihres Heilsauftrags als Kirche am Ort stärker zu motivieren.

Das erstere, die *Forderung nach mehr Weltverantwortung* durch entschiedeneren Zuwendung zu den verschiedenen wichtigen Lebensbereichen der heutigen Gesellschaft, spielt zwar auch eine Rolle. Diesem Problemkreis ist auch relativ viel Raum gegeben. Aber die darauf bezogenen Passagen des Teils IV gehören, von der Formulierung einiger allgemeiner Grundsätze abgesehen, kaum zu den starken, eher zu den schwachen Seiten des Papiers. Sollte zudem die Reihenfolge (Schöpfung und Kultur, Arbeitswelt, Erziehung, Schule und Bildung, sozial-karitative und gesellschaftspolitische Aufgaben) als Prioritätenordnung gedacht sein, müsste man fragen, ob dies wirklich die Rangfolge ist, die sich von der Aufgabenstellung und den Möglichkeiten einer Ortsgemeinde her sowohl der Dringlichkeit wie der Durchführbarkeit nach stellt. Sicher sind *ökologische Fragen* als Teil der Gestaltung menschlicher Lebenswelt ein Problemkreis, der auch kirchliche Gemeinden angeht. Und kirchliche Gemeinden haben hier sicher auch den Auftrag, auf die gesamte Auseinandersetzung „versachlichend“ einzuwirken. Aber es ist die Frage, ob eine Kirchengemeinde dazu mehr an Bewußtseinsbildung leisten kann, als im informellen Bereich des

Umfelds einer Gemeinde ohnehin geleistet wird.

Nicht gleiches, aber ähnliches dürfte für die Bereiche Arbeitswelt und Bildung gelten, wenn sich auch hier eindeutig eine ganze Reihe von speziellen Aufgaben (ausländische Arbeitnehmer, Arbeitslose im Bereich Arbeit oder der Kontakt zu den allgemeinen Bildungsinstitutionen von den berufsbildenden Schulen bis zu den Volkshochschulen) als unmittelbare Aufgabenfelder einer jeden Gemeinde anbieten. Nicht minder trifft das auf die sozial-karitativen und auf die gesellschaftsbezogenen Aufgaben der Gemeinde insgesamt zu, sofern die darauf bezogenen Aktivitäten nicht ohnehin als „Tatzeugnis der Liebe“ unmittelbarer Teil der geistlichen Sendung der Kirche sind.

Man spürt zwar auch in diesem Teil als Hauptanliegen das Bemühen, *die drohende Abkoppelung der Gemeinden von den verschiedenen Lebensbereichen rückgängig zu machen* und den Gemeinden ihre Gesamtverantwortung für das gesellschaftliche Umfeld vor Augen zu führen. Aber vielfach werden doch Themen und Aufgaben mehr genannt als dargestellt und begründet. Und bei der Charakterisierung der Arbeitswelt fehlt beispielsweise auch eine zureichende Perspektive. Es kann ja in erster Linie nicht darum gehen, daß die Gemeinden *intensiveren Kontakt zu den auf ihrem Gebiet liegenden Betriebsstätten* haben. Auch das ist sicher eine Aufgabe, aber wesentlicher ist für die Gemeinden in ihrer gegenwärtigen Situation wohl, daß sie nicht bürgerlich einschichtig bleiben, sondern ihnen gelingt, was ja eines der Hauptanliegen der Gemeinsamen Synode war, nämlich Arbeitnehmer der verschiedensten Kategorien so in ihr Gemeindeleben einzubeziehen, daß sie sich dort als *anerkanntes und mittragendes Mitglied* zu Hause und akzeptiert fühlen können.

Doch die eigentliche Bedeutung und Stärke des Papiers liegt *in einer sehr nüchternen und insgesamt sehr realisti-*

*schen Darstellung der gegenwärtigen Situation der Gemeinde.* Sie kann helfen, erkennbare Fehlentwicklungen zu mildern oder auch umzukehren und den Gemeinden wieder mehr Mut zu ihrem missionarischen Auftrag zu geben oder sich wenigstens nicht in ihrer innergemeindlichen Betriebsamkeit einzuschließen. Christliche Gemeinde, so heißt es eingangs, ist „zur Verherrlichung Gottes und zum Dienst an dem Menschen berufene Gemeinschaft“. Dieses *Profil* ist aber gerade in den letzten beiden Jahrzehnten trotz eines stärker sich ausprägenden Gemeindebewußtseins undeutlich geworden. Das liegt begründet in *zwei gleichzeitig stattfindenden, aber in ihrem Wesen gegenläufigen Bewegungen.*

Das Zweite Vatikanische Konzil hat das *Bewußtsein für die Wirklichkeit der christlichen Gemeinde außergewöhnlich gestärkt*, wobei Entwicklungen wie die liturgische Bewegung, neue Seelsorgsmethoden und eine verstärkte theologische Reflexion, die hierzulande dem Konzil vorausgegangen waren, ihre Früchte getragen haben. Das hat auch zu einem schärferen Bewußtsein von den Grundvollzügen des Gemeindelebens geführt: Verkündigung, Glaubenszeugnis, Gottesdienst und Sakramente, Gemeinschaftsbildung und praktische Nächstenliebe. Die Laien sind aktiver geworden. Sie „können bisher unentdeckt gebliebene Fähigkeiten entfalten und Begabung, Sachkenntnis und Phantasie einbringen. Sie haben dabei Aufgaben übernommen, die ihnen aufgrund von Glaube, Taufe und Firmung als aktiven Gliedern der Kirche zukommen. Zugleich entlasten sie durch diese Mitwirkung auch in mancher Hinsicht den Pfarrer von Aufgaben, die dieser angesichts faktischen Priestermangels allein nicht mehr bewältigen kann.“ Die gewachsene Bereitschaft der Laien zu mannigfachen Diensten, so merkt das Papier an, sei besonders hilfreich und notwendig geworden in jenen Gemeinden, die keinen eigenen Seelsorger am Ort mehr haben.

Dieses Bewußtwerden der Gemeindegewirklichkeit in Verständnis und Verhalten der Gläubigen ist aber kontrastiert von einer ziemlich *radikalen Ver-*

änderung der „gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“. Man könnte, und das ist wohl auch tatsächlich damit gemeint, auch sagen, der Lebensbedingungen einer christlichen Gemeinde in dem jeweiligen Lebensraum von Menschen, in dem sie wirkt. Denn betroffen ist nicht allein der Rahmen, sondern das gesamte gesellschaftliche Gefüge als Operationsfeld der Kirchengemeinde.

Als Elemente dieses Wandels werden genannt: der Verlust an Überschaubarkeit, das Auseinandertreten von Kirchengemeinde und politischer Gemeinde, die Veränderung der kulturellen und sozialen Einheiten durch die Gemeinde- bzw. Gebietsreformen, eine hochgradige Mobilität, die nicht nur einen Ortswechsel vieler Betroffener, sondern auch Umschichtungen von Bevölkerungsgruppen und Wohngebieten mit sich bringt, die Schwächung des Zusammenhalts der Gemeinden durch Ausfall bisher bewährter personaler Integrationsfaktoren (Bürgermeister, Gemeinderat, Lehrer, Ärzte, Pfarrer), die vor allem kleineren Gemeindeeinheiten verlorengingen. Deren negative Wirkungen sind um so nachhaltiger spürbar, als damit zugleich die Aktivitäten von Verbänden und Vereinen in diesen kleineren Lebensräumen merklich nachgelassen haben.

Diesem Wandel der äußeren Rahmenbedingungen entsprechen ebenso *einschneidende Veränderungen im inneren Bereich der Gemeinden*: die bisherigen sozialen Bindungen der Mitglieder untereinander haben an Stabilität verloren, neue Bestimmungsformen haben sich entweder noch nicht entwickelt oder sind noch kein Ersatz dafür. Es vollzieht sich eine deutliche Individualisierung des Lebensstils, die sich auf politisch-gesellschaftliche Grundhaltungen wie auf ethische Überzeugungen auswirkt. Verändert hat sich auch die Familienstruktur. Sehr nüchtern stellt das Papier dazu fest: Die heute „zumeist bestehenden Kleinfamilien haben zwar eine Chance für eine personale Gestaltung der Lebensgemeinschaft Familie, aber sie sind auch durch ihre Isolierung erheblichen Gefährdungen und schweren Konflikten

ausgesetzt“. Insgesamt stellt das Papier einen Verlust an menschlicher Nähe, an Elementen von Solidarität, an Vertrautheit und Geborgenheit im Lebensraum der bürgerlichen, aber auch der kirchlichen Gemeinde fest. Man sieht die Gefahr wachsen, „daß die bisherigen Lebensstrukturen in ihren ‚Funktionen‘ ausgehöhlt werden, ohne daß geglückte NeufORMen bisher an ihre Stelle getreten wären“.

Die *Bildung von Kleingruppen* wird, weil mehr Solidarität und Geborgenheit erwartet wird, als heute eine Kirchengemeinde insgesamt bieten kann, als Reaktion darauf gesehen. Die im Prinzip unvermeidliche und durchaus begrüßenswerte Spezialisierung auch der kirchlichen Dienste, der Priester-mangel und die damit gegebene Überlastung der Geistlichen, habe dazu geführt, „daß die persönlichen Beziehungen der Amtsträger und Dienste in der Gemeinde nicht selten an menschlicher Nähe verloren haben, weitgehend funktional orientiert sind und gelegentlich bürokratische Züge angenommen haben“. Die unvermeidlichen Folgen davon: Zwischen einzelnen Gruppen und zwischen Gruppen und Gesamtgemeinde fehle es an Information und Gedankenaustausch; es komme auf verschiedene Weise zur Isolierung der Jugend, der älteren Menschen, ausländischer Mitbürger und ganzer sozialer Schichten. Beklagt wird mangelnde Abstimmung einzelner Tätigkeiten: der Jugendarbeit, Familienbildung und Gemeindepastoral und Erwachsenenbildung. Dadurch gerate *das Ganze der Gemeinde* leicht aus dem Blick: „Man zieht sich auf aktive Kreise zurück. Der notwendige missionarische Blick bis an die Grenzen der Gemeinde verkürzt sich. Die vielen Kirchendistanzierten zählen nicht mehr. Sehr rasch igelt man sich ein auf den Bereich der Kern- und Gottesdienstgemeinde.“

Die in diesem Gesamturteil zum Ausdruck kommenden Defizite beziehen sich nicht nur auf den organisatorischen Bestand der Gemeinden, sondern haben auch *einschneidende Auswirkungen auf die Art, wie der Sendungsauftrag wahrgenommen wird*. Manche Formen der Zuwendung zu

weltlichen Sachbereichen hätten zur Folge, daß die christliche Gemeinde als spezifischer Träger einer einzelnen Einrichtung nicht mehr erkannt werde. Das könne Ausdruck einer sehr sachbezogenen Arbeit sein. Es führe aber auch dazu, „daß man kaum ein ausdrückliches christliches Motiv und keine entsprechende Haltung bei mancher von der Gemeinde getragenen Arbeit sehen kann (Jugendarbeit, Kindergärten usw.)“.

Als nicht weniger problematisch wird die *entgegengesetzte Haltung* dargestellt: eine „verhängnisvolle Binnenorientierung“, der Rückzug allein auf religiöse und vor allem gottesdienstliche Aufgaben. Kritisch apostrophiert wird in diesem Zusammenhang auch die *Aktivität der Verbände*. Diese seien „Vermittlungszellen“ zu vielen weltlichen Aufgabenfeldern und „Gelenke“ zwischen der Gemeinde und den größeren Lebensbereichen. Das mache sie beweglich, und so könnten sie belebend auf die Gemeinden zurückwirken. Aber manche Verbände müßten ihre ortsspezifische Verantwortung noch sehr viel besser wahrnehmen. „Ohne Erneuerung des Lebens der Verbände“, so das Fazit des Papiers zu diesem Aspekt, „werden viele Versuche der Gemeinden, mehr Zugang zu den modernen Lebensbereichen zu finden, scheitern.“

Das Papier insgesamt ist von dem Eingeständnis geprägt, daß viele der die Gemeinden in ihrer Lebenssubstanz berührenden Entwicklungen zu spät erkannt oder ignoriert worden sind: Man beruhige sich (oft) „beim langsamen Schrumpfen der Gemeinden auf gewisse Kerngruppen mit einem Blick auf viele Aktivitäten im engeren Innenraum der Pfarreien“. Während die Reichweite der Gemeinde abnehme, ändere sich im Verhältnis zu den Gemeindegliedern, die sich nur selten am Gottesdienst oder am Gemeindeleben beteiligten, wenig. Demgegenüber will das Papier *durch Bewußtmachen der Defizite die Gemeinden zu einem neuen missionarischen Elan aufrütteln*. Der christliche Glaube würde selbst absterben, „wenn er nicht mehr den Mut und die Kraft behält, die Sendung an ein fremdes, schwieriges und

manchmal fast feindliches Milieu zu übernehmen“.

Hier stößt das Papier freilich wieder an seine eigenen Grenzen. Es spricht zwar von einem „erheblichen Bruch in der Weitergabe des Glaubens zwischen den einzelnen Generationen“. Viele Familien könnten den Kindern nicht einmal mehr ein religiöses Minimum vermitteln. Eine Gemeinde aber, die ihren Glauben nicht mehr weitergibt, sei im Grunde bereits tot. Aber es zeigt keine Lösungen auf, wie eigentlich aus dieser nicht mehr zu beistreitenden Situation herauszukommen ist, sondern beschränkt sich weitgehend auf die Darstellung der hier eingangs skizzierten Sachbereiche. Es macht nicht deutlich, wie Gemeinden aktiv werden müssen, um die Möglichkeiten der Weitergabe des Glaubens in den verschiedenen Lebensbereichen zu verstärken. Es gibt Andeutungen dazu, aber keine Gesamtperspektive.

## Kirche von unten: weg von der Betreuungskirche

Erneut hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) die in der „Initiative Kirche von unten“, (IKvu) zusammengeschlossenen Gruppen zur Teilnahme am 87. Deutschen Katholikentag 1982 in Düsseldorf eingeladen. Wie aus einem Brief des ZdK-Generalsekretärs *Friedrich Kronenberg* vom 5. Oktober hervorgeht, will man aber von einer Beteiligung der Initiative als Mitveranstalter des Katholikentages in der gleichen Form, wie dies bei anderen katholischen Verbänden und Diözesanräten des Laienapostolats geschieht, nach Beratung durch den Geschäftsführenden Ausschuss absehen. Aus dem Brief geht aber auch hervor, daß der Geschäftsführende Ausschuss mit eigenen, außerhalb der Verantwortung des ZdK liegenden Veranstaltungen der Initiative rechnet.

Begründet wird die Entscheidung mit der Entwicklung im *Selbstverständnis der IKvu*: während man die Benennung als „Katholikentag von unten“

Es ist zum Beispiel sicher richtig, den Eltern zu empfehlen, sich selbst mehr des Religionsunterrichts anzunehmen und eine Verstärkung der Gemeindekatechese zu fordern. Aber das sind einzelne Elemente, die nicht erkennen lassen, wie es eigentlich weitergehen soll.

Vielleicht aber weist das Papier wenigstens im Ansatz den richtigen Weg, wenn es feststellt: „Die missionarische Gemeinde zeigt sich im Glaubenszeugnis des einzelnen Christen, der durch seinen vorbildlichen Einsatz werbend und ‚ansteckend‘ in viele Bereiche hineinwirkt, die dem Amtsträger allein oft verschlossen sind. Aber selbst in jeder Predigt und bei allen gottesdienstlichen Handlungen des Amtes (vor allem auch bei Trauungen und Beerdigungen) muß der Glaube so zur Sprache kommen, daß er auch den Kirchendistanzierten etwas von seiner ursprünglichen Kraft vermittelt.“

D. S.

als Affront gegenüber dem Katholikentag habe verstehen können, wende sich die heutige Benennung als „Kirche von unten“ gegen alle, die in Gruppen, Zusammenschlüssen und Gemeinden die Kirche bilden und als solche nicht nur am Katholikentag mitwirken, sondern sich darüber hinaus im Alltag bemühen, die Sendung der Kirche weiterzutragen. Außerdem sei das Zentralkomitee nicht bereit, das Thema „Frieden und Abrüstung, so wie Sie es verstehen, in den Mittelpunkt des Katholikentages zu stellen“. Abzusehen war diese Lösung seit geraumer Zeit: Auf einen Brief, in dem die IKvu Anfang Juli dem ZdK detaillierte Programmpunkte mit Angaben zur jeweils benötigten Raumgröße unterbreitet hatte, reagierte das Zentralkomitee mit dem Hinweis auf zwei Foren des Katholikentages, zu denen die Initiative Kirche von unten einen Vertreter senden könne, hielt aber die Lösung der Raumfrage noch für verfrüht.

Aber nicht nur das Gewicht, das die IKvu der Friedensdiskussion beimißt, trennt sie vom ZdK, die Rede war im Vorfeld der Entscheidung auch vom deutlichen Mißfallen offizieller Kirchenkreise an einzelnen der in der IKvu zusammengeschlossenen Gruppen, so vor allem den „Christen für den Sozialismus“ (CfS) und der Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuK). Zur Initiative schlossen sich die am „Katholikentag von unten“ in Berlin erstmals gemeinsam an die Öffentlichkeit getretenen Gruppen im September 1980 mit dem Ziel zusammen, den *innerkatholischen Aufbruch* fortzuführen.

Der Name sollte anzeigen, daß man sich dem Anliegen einer basiskirchlichen Erneuerung der Kirche verpflichtet sieht. Die Initiative „will den Prozeß innerhalb der verschiedenen ‚kritischen‘ Gruppen, Gemeinden und Initiativen unterstützen und hat eine entsprechend offene Struktur, in der die Eigenständigkeit der Gruppen und der gemeinsame Lern- und Erfahrungsprozeß wichtiger sind als Fragen von Satzung und Mitgliedschaft“ (zit. nach Publik-Forum, 19. 9. 80), hieß es in einer ersten Erklärung. Ein aus neun Vertretern bestehender Koordinationskreis ist für den Informationsaustausch unter den Gruppen und die Organisation von Treffen zuständig. Erklärte Absicht der über 30 Gruppen ist es, „für eine *permanente Erneuerung der Kirche* im Sinne des II. Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode“ ebenso wie für das „*konkret gesellschaftspolitische Engagement der Kirche*“ (Presseerklärung vom 1. 9. 81) einzutreten. Daß der Konsens innerhalb der Initiative bezüglich der innerkirchlichen Stoßrichtung denkbar groß, hinsichtlich der Frage nach Art und Umfang politischer Aktivitäten aber nur mit Mühe zu erzielen ist, wurde auf dem ersten Großgruppentreffen der IKvu deutlich, das vom 11. bis 13. September in Düsseldorf stattfand (vgl. HK, Oktober 1981, 540).

Die Veranstaltung, zu der sich nahezu 300 Teilnehmer in den Räumen eines evangelischen Gemeindezentrums eingefunden hatten, sollte vor allem der Diskussion über „Frieden und Abrü-